

So ist in Westdeutschland der Staat geblieben, was er in ganz Deutschland vor 1945 war: ein Instrument zur Unterordnung der Interessen des ganzen Volkes unter den Machtanspruch und das Profitinteresse der Monopolherren und der Militaristen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde nach 1945 aus diesem Instrument zur Unterordnung der Massen ein Instrument zur Entfaltung ihrer produktiven Kräfte und zur Gestaltung der politischen und ökonomischen Entwicklung nach dem Willen und im Interesse der Mehrheit des Volkes.

Zwischen den beiden Hauptkräften, so wurde im Referat des Genossen Walter Ulbricht gesagt, die in diesen beiden deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und politischer Konzeption die Macht ausüben, vollzieht sich in Deutschland der Klassenkampf. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bemüht sich - sozusagen als „eine dritte Kraft“ - eine gesicherte und politisch wirksame Position zwischen diesen beiden Hauptkräften zu finden. Das kann ihr nicht gelingen, weil eine solche Position für eine Arbeiterpartei unmöglich ist. Zwischen den beiden Fronten, an denen sich auf der einen Seite die Monopolherren und Militaristen und auf der anderen Seite die Arbeiter und Bauern gegenüberstehen, gibt es kein „Niemandland“ und keinen Platz für eine Arbeiterpartei! Von jedem werktätigen Menschen, vor allem aber von seiner politischen und wirtschaftlichen Interessenvertretung, fordert die Frage: Macht der Monopole und Militaristen oder Macht der Arbeiter und Bauern, Herrschaft des Kapitalismus oder des Sozialismus? eine klare Antwort. Sie kann nur zugunsten der Macht der Arbeiter und Bauern, zugunsten des Sozialismus ausfallen! Wer sich anders entscheidet, beraubt sich von vornherein jedes Erfolges und verdammt sich zur Machtlosigkeit, die dazu noch mit dem Fluch der Doppelzüngigkeit beladen ist.

Nach dem widerrechtlichen Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands ist die SPD die einzige *legale* Arbeiterpartei in Westdeutschland. Daraus ergibt sich für sie vor allem unter den Bedingungen der Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik eine besondere Verantwortung gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen werktätigen Bevölkerung. Wird die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dieser großen Verantwortung gerecht? In seinem Re-